

### Polen: Auf Samtpfoten in die Diktatur?

Die Frondeure hatten die Rechnung ohne den Präsidenten gemacht. Als das polnische Parlament die Regierungschefin Hanna Suchocka mit einem Miß-

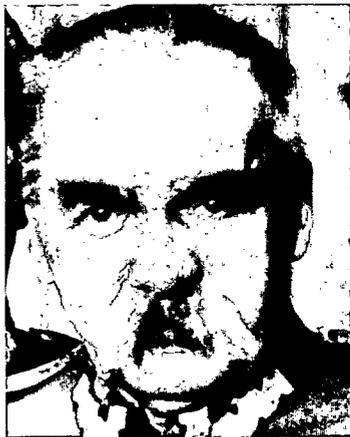
trouensvotum stürzen wollte, erwies sich Lech Walesa als weiser „überparteilicher Landesvater“, wie der Fraktionschef der Demokratischen Union, Bro-

nislav Geremek, lobte. Das Staatsoberhaupt widerstand der Versuchung, einen anderen Premier zu berufen oder über ein Experten-Kabinett selbst das Heft in die Hand zu nehmen. Statt dessen löste er den Sejm auf und schrieb für den 19. September Neuwahlen aus.

Doch die Rolle des Vermittlers gab Walesa schnell wieder auf: Er will nach dem Vorbild des Vorkriegsdiktators, Marschall Jozef Pilsudski, einen „Überparteilichen Block zur Unterstützung der Reformen“ (BBWR) gründen. Damit stellt er sich bewußt in eine Reihe mit dem autoritären Staatsmann. Demonstrativ trägt seine Gruppe dieselbe Abkürzung wie der 1928 von Anhängern Pilsudskis geformte Block.

Wenn Walesa so an die polnische Tradition anknüpfe, könne dies den „Anfang eines Marsches in die Diktatur“ bedeuten – obgleich der sich noch „auf Samtpfoten“ bewege, fürchtet Walesas Mitstreiter aus Solidarność-Zeiten, Adam Michnik. Unterstützen soll Walesa eine seltsame Koalition aus Geschäftsleuten, Bauern, Kommunalbeamten und Kreisen der Solidarność-Gewerkschaft. Stimmen erhofft sich der Präsident aus dem großen „Potential der Frustrierten“ (so sein Pressesprecher), das sich nach einer starken Hand im Staate sehnt. Konkrete programmatische Äußerungen für den Zusammenschluß, den Walesa als eine „Bewegung von unten“ anpreist, blieben bislang aus.

Walesa, dem laut Michnik die „Geduld für demokratische Prozesse“ fehlt, hat seinen Plan nicht aufgegeben, das Präsidentenamt mit mehr Macht auszustatten. Nur per Dekret könne die Wirtschaftskrise bewältigt werden. Sicher ist auch, daß Walesa den BBWR als Plattform für seinen zweiten Wahlkampf um das höchste Amt im Staate 1995 nutzen will. Walesa pokert hoch: Eine Niederlage des BBWR würde eine schwere politische Blamage bedeuten.



Präsident Walesa, Diktator Pilsudski (1935)

### Chinas Menschenrechte

Den Tod eines Demonstranten erklärte Peking zur geheimen Staatssache. Die kommunistische Führung befürchtet, bei der Wiener Menschenrechtskonferenz angeprangert zu werden und Gegnern der Olympiabewerbung Pekings Argumente zu liefern. Wie Augenzeugen berichten, haben Sicherheitskräfte auf dem Campus der Geologischen Universität der Hauptstadt in der Nacht auf den 4. Juni einen Studenten getötet. Eine Gruppe Hochschüler war zusammengekommen, um des Massakers vom Juni 1989 zu gedenken. Polizei und Staatsschutz, die für die Nacht in höchste Alarmbereitschaft versetzt waren, hatten Order, jeden Protest niederzuknüppeln. Als sich die jungen Leute trotz brutalstem Polizeieinsatz nicht zurückzogen, raste ein Wagen der Sicherheitskräfte in die Gruppe. Obwohl einer der Studenten auf der Stelle tot war, ist bisher noch keiner der Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden.

Das überraschende Major-Plädoyer der Ex-Regierungschefin („Wir haben den richtigen Premierminister“), die seit zweieinhalb Jahren nur an ihrem Nachfolger herumkrittelt, wird als tückisches Manöver gedeutet: Die Maastrichtfeindliche Lady wolle verhindern, daß Major vorzeitig durch den Tory-Liebling Schatzkanzler Kenneth Clarke abgelöst wird. Denn der gilt als großer Europafreund. Thatchers Langzeitfavorit ist Budgetminister Michael Portillo. Der

Rechts-Tory bedarf aber noch thatcheristischer Aufbauarbeit. Nicht minder trügerisch ist die Hilfe für Major durch das rechte 1922er Komitee, das im November 1990 den Thatcher-Sturz inszenierte. Die mächtigen Hinterbänkler binden ihre Unterstützung für den Premier an die Auflage, daß er getreu dem Wahlmanifest die Steuern nicht erhöht. Bei einem Staatsdefizit von derzeit rund 50 Milliarden Pfund braucht Major dringender höhere Staatseinnahmen.

### Tückische Major-Hilfe

Zwei verbale Rettungsaktionen für den angeschlagenen Britenpremier John Major – die eine von Baroneß Thatcher, die zweite von einer Gruppe rechter Tory-Abgeordneter – haben in Downing Street 10 nur Mißtrauen wachgerufen.



Major-Karikatur

The Guardian